



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/211 - 12.9.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

|   |      |
|---|------|
| Polemik um die Wahl Spaaks                      | S. 1 |
| Vor den Wahlen in Schweden                      | S. 3 |
| DAV - die Ersatzorganisation der SRP            | S. 5 |
| Fünfzehnjährige als Fallschirmjäger ausgebildet | S. 7 |

## Seltsame Europäer

(sp) Die Wahl Paul Henri Spaaks zum Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung, also des Parlamentes der Montan-Union, hat Kreise der CDU/CSU - insbesondere den Generalsekretär des bayerischen Zweiges der Union - zu heftiger Kritik am Verhalten der sozialdemokratischen Delegierten veranlaßt, die für Spaak und nicht für seinen Gegenkandidaten, Dr. von Brentano, gestimmt haben.

Franz Joseph Strauss hat erklärt, die Sozialdemokratie habe damit in einer entscheidenden Frage die "deutsche Solidarität durchbrochen". Die Beschwerde wirkt seltsam im Munde eines Mannes, dessen Partei der deutschen Sozialdemokratie immer wieder Mangel an europäischer Gesinnung und überspitztem Nationalismus vorgeworfen hat. Wie oft und in wie vielen Abwandlungen ist nicht in den letzten Jahren - vor allem mit einem Blick auf die SPD - die Unfähigkeit so vieler Politiker gerügt worden, die Grenzen des nationalen Denkens zu überspringen und sich wahrhaft europäisch zu erweisen. Der Vorwurf hat die Sozialdemokratie nie ernstlich treffen können, denn ihre Geschichte und die Praxis ihrer Politik in langen Jahrzehnten waren Gegenbeweis genug.

Wenn man aber den europäischen Gedanken ernst nimmt und damit auch den eines europäischen Parlamentes, zu dem die

Gemeinsame Versammlung der Montan-Union ja der Anfang sein soll, dann wird man sich auch folgerichtig mit dem Entstehen europäischer Fraktionen befreunden müssen, die, jede für sich, international zusammengesetzt sein können, wenn sie es auch nicht zu sein brauchen. In diesem Zusammenhang das Wort "parteilich" in unverkennbar abfälliger Absicht zu verwenden, ist unangebracht. Hier geht es um politische Grundbegriffe, wie restaurativ und konfessionsgebunden auf der einen, fortschrittlich und sozial verpflichtet auf der anderen Seite.

Schließlich ist eingewandt worden, daß Deutschland als eines der drei großen Länder der Montan-Union einen berechtigten Anspruch auf den Präsidentenposten der Gemeinsamen Versammlung gehabt habe, nachdem dieser Posten in der Hohen Behörde von Frankreich und im Gerichtshof von Italien besetzt wurde.

Auch das trifft den Kern der Sache nicht. Gleichberechtigung ist ein Zustand, der sich in wesentlichen Dingen kundtut - etwa in der inneren Struktur der zu erarbeitenden europäischen Gemeinschaft, in gleichem Maß der Einflußmöglichkeiten, der Beanspruchung und auch des Nutzens, den der Einzelne von der Gemeinschaft haben soll, sowie vor allem im Geist, der diese Gemeinschaft beherrscht. (Behandlung und Stellung der Saarfrage im Komplex der Montan-Union z.B. sind ein typisches Beispiel für nichtvorhandene Gleichberechtigung). Das, was von den Kritikern der sozialdemokratischen Haltung in Straßburg in dieser Hinsicht erwähnt worden ist, könnte man höchstens das Prinzip der formalen Parität nennen, das im einzelnen Fall wichtig sein mag, im vorliegenden aber gewiß nicht entscheidend ist.

Auch die Straßburger Entscheidung der Sozialdemokratie bei der Wahl des Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung hängt eng mit der von dieser Partei immer wieder vertretenen Auffassung zusammen, daß das geeinte Europa, welches man schaffen will, keine rückschrittlichen, sondern moderne, zukunftsweisende Züge tragen muß. So, wie die Dinge heute liegen, scheint es bis zu diesem Ziele leider noch ein weiter und mit vielen Hindernissen versperrter Weg zu sein.

+ + +

In Schweden geht es ruhig zu

KRX - Stockholm

Der Wahlkampf für die am 21. September stattfindenden Wahlen ist in vollem Gange - sofern man angesichts der Ruhe und Sachlichkeit, mit der er erfolgt, von einem Kampfe sprechen kann. Der Lärm mittel-europäischer Wahlfehden ist hierzulande jedenfalls unbekannt.

Während der jetzt zu Ende gehenden Parlamentsperiode - gewählt wird die Zweite Kammer, während die Erste durch indirekte Wahlen fortlaufend ergänzt und erneuert wird - wurde die rein sozialdemokratische Regierung in ein Koalitionskabinett umgebildet, in dem auch Vertreter des Bauernverbandes sitzen. Das Zusammenwirken von Arbeitern und Bauern, das sich schon bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit 1932-1934 für Land und Volk sehr günstig gestaltete, zeigte auch diesmal eine Reihe positiver Seiten; es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß es nach den Wahlen fortgesetzt werden wird. Sicher ist dies nicht, denn es spricht vieles dafür, daß die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit, über die sie in der Ersten Kammer verfügt, auch in der Zweiten Kammer erobern und dadurch bei der Regierungsbildung nicht auf Koalitionspartner angewiesen sein wird.

Bei den letzten Wahlen im Jahre 1948 entfielen auf die einzelnen Parteien (in Klammern die Vergleichszahlen von 1944):

| Partei                | Stimmen               | Prozent     | Mandate   |
|-----------------------|-----------------------|-------------|-----------|
| Sozialdemokraten      | 1.789.459 (1.436.571) | 46,2 (46,9) | 112 (115) |
| Kommunisten           | 244.826 (318.466)     | 6,3 (10,3)  | 9 (15)    |
| Konservative          | 478.786 (488.921)     | 12,3 (16,0) | 22 (39)   |
| Bauernverband         | 480.421 (421.094)     | 12,4 (13,8) | 30 (35)   |
| Liberaler Volkspartei | 882.437 (398.293)     | 22,8 (13,0) | 57 (26)   |
|                       | 3.875.929 (3.063.345) | 100 (100)   | 230 (230) |

Der große Vormarsch der Liberalen Volkspartei veranlaßte deren Führer, Professor Bertil Ohlin, etwas vorzeitig davon zu träumen, daß es seiner Partei bald möglich sein würde, das Erbe der Sozialdemokratie anzutreten. Diese war von 1932 mit einer Unterbrechung von 100 Tagen ununterbrochen an der Regierung - entweder allein herrschend oder eine Koalition führend. Das Ergebnis der Gemeindevahlen 1950

widersprach den Erwartungen Ohlins: Die Sozialdemokraten holten gegenüber 1948 mächtig auf, während die Liberale Volkspartei keine neuerlichen Gewinne zu verzeichnen hatte. Vorsichtige Beobachter erwarten nun einen sozialdemokratischen Gewinn von vier Mandaten; das würde bedeuten, daß sie 116 von den 230 Mandaten inne hätten.

Im Wahlkampf wird es weder um Fragen der Aufrüstung, der Außenpolitik oder der Sozialpolitik gehen. Nicht nur die Regierungskoalition will die Fortsetzung der Neutralitätspolitik, sondern auch die Opposition will sie. Sie hat keine Alternative zur sozialdemokratischen Außenpolitik. An der Verteidigungspolitik der Regierung haben nur die Kommunisten etwas auszusetzen. Bei der großen Rolle, die eine fortschrittliche Sozialpolitik im Denken der schwedischen Wählermassen spielt, hütet sich die bürgerliche Opposition, die erfolgreiche Sozialpolitik der Regierung zu kritisieren.

Der Wahlkampf wird in erster Linie der Wirtschaftspolitik des Landes gelten. Diese Wirtschaftspolitik ist abhängig von Faktoren, auf welche die schwedische Regierung keinen Einfluß hat: Vor allem von der Preisgestaltung auf dem Rohwaren-Markt und von der Einfuhrpolitik anderer Länder, nicht zuletzt Englands und den USA.

Da sich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung erfolgreich auswirkten - die Reallohne konnten gehalten, die Produktion konnte in manchen Zweigen vergrößert werden und der Wohlstand aller Schichten wächst weiter - beschränkt sich die Kritik nunmehr auf den Steuersektor; man verlangt bedeutende Steuersenkungen und gleichzeitig erhöhte Ausgaben für den Ausbau der Verkehrswege und der Verteidigung.

Die schwedische Sozialdemokratie kann dem Ausgange des Wahlkampfes beruhigt entgegensehen. Der Erdbeben, der die Liberale Volkspartei an die Macht bringen könnte, kann sich bei dem konservativen Sinne der schwedischen Wählermassen nicht ereignen. Im "schlimmsten" Fall wird die jetzige Koalition Arbeiter-Bauern weiter bestehen.

+ + +

DAV - die Ersatzorganisation der SRP

K.-H.B. Mit allen erdenklichen Mitteln bemüht sich der "Deutsche Arbeiter-Verband", die "gewerkschaftliche" Filiale der SRP, Einfluß in der Arbeitnehmerschaft zu gewinnen. Besonders jetzt, da ein Verbot der SRP vor der Tür zu stehen scheint, ist er auf Geheiß seiner obersten Führer zu "großen politischen und propagandistischen Taten" berufen. Der niedersächsische "Landesleiter" dieser Organisation, die in Detmold ihren Hauptsitz hat, hat kürzlich erklärt: "Die SRP kann man verbieten, den DAV jedoch nicht".

Daraus geht klar hervor, welche Rolle dem neuen Verein zugesacht ist. Kein Wunder also, daß er bestrebt ist, so schnell wie möglich tarif- und gesellschaftsfähig zu werden.

Die größte Sorge bereitet die nicht vorhandene Tariffähigkeit, ohne die man schwerlich Arbeiter anlocken kann. Um die Gesellschaftsfähigkeit scheint es dafür nicht so schlecht bestellt zu sein; denn der "Deutsche Handlungsgehilfen Verband", die "Freie Demokratische Arbeiter Vereinigung" der FDP und der dem niedersächsischen Landvolk und der DP nahestehende "Land- und Forstwirtschaftliche Arbeitnehmerverband" haben sich bereits die Ehre gegeben, mit dem DAV zu verhandeln. Sogar das Deutsche Industrieinstitut fehlt nach einer Erklärung des DAV nicht in dem Kreis derjenigen, die in der letzten Zeit mit dem DAV Fühlung aufnahmen.

Dabei ist der DAV rein zahlenmäßig noch nicht einmal die Miniatur-Ausgabe einer Gewerkschaft. Er behauptet zwar, 29000 Mitglieder im Bundesgebiet zu haben, er hat sich zwar eine großspurige Satzung gegeben, die auf eine Mammutorganisation hindeutet und in der es u.a. heißt: "Die Ausdehnung auf das übrige Gebiet des Deutschen Reiches wird angestrebt". Aber trotzdem steckt doch so gut wie gar nichts dahinter. Das zeigte sich kaum treffender als in Bremen. Als ein Bremer Arbeiter aufgrund einer Annonce nach Detmold schrieb und um eine Auskunft bat, verkündete der "Hauptvorstand" postwendend, daß in Bremen ein neuer Landesverband gegründet worden sei.

Der DAV hat nirgends Resonanz, außer in Kreisen der unverbes-

serlichen SRP-isten und bei einigen - ebenso winzigen - "Schwester-Organisationen", die allerdings von demokratisch sich nennenden Parteien gestützt werden, denen selbst die Neofaschisten willkommene Bundesgenossen im Kampf gegen den DGB sind - und er hat hier und da Resonanz in einigen Betrieben der Besatzungsmacht.

Der DAV tut so, als ob er tariffähig wäre - in der Hoffnung, daß Unwissende darauf hereinfallen. Anfang August schrieb z.B. das "Rechtsamt" der SRP in Detmold einer Oldenburger Firma, daß der DAV nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Hannover "eine Gewerkschaft im Sinne des Gesetzes und damit tariffähig" sei. In Wirklichkeit war in diesem Prozeß überhaupt kein Urteil gefällt worden, und erst recht nicht über die Tariffähigkeit des DAV.

+ + +

#### Unsoziale "Geheimklauseln"

So etwas gibt es auch noch oder schon wieder. Es liegt uns nachstehende Vereinbarung einer Gruppe süddeutscher Sauerkrautfabrikanten vor:

"Die unterzeichneten... Fabrikanten anerkennen nachfolgende Vereinbarung durch Abgabe ihrer Unterschrift für sich und ihre Rechtsnachfolger als rechtsverbindlich:

§ 1 Jeder der Unterzeichneten verpflichtet sich, während der Dauer dieses Vertrages keinen Angestellten, Verkäufer, Fahrer oder Vertreter innerhalb zwei Jahren nach dessen Ausscheiden aus dem Dienste eines mitunterzeichneten Kollegen in seinem Betrieb aufzunehmen und in dieser Tätigkeit weiterzubeschäftigen.

§ 2 Auch eine Umgehung des § 1 etwa dadurch, daß eines der angeführten Belegschaftsmitglieder sich selbständig macht oder machen läßt, unterliegt den gleichen Bestimmungen dieses Vertrages.

§ 3 Für jeden Einzelfall des Vertragsbruches haftet der betroffene Vertragspartner mit einer Konventionalstrafe von 5000 M (in Worten: Fünftausend M) zugunsten der geschädigten Firma.

§ 4 Dieser Vertrag wird auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen und kann von jedem der Unterzeichneten bis spätestens 1. Mai 1955 mit Wirkung auf 1. August 1955 gekündigt werden"...

("Der Angestellte")

+ + +

Und dies alles für den Frieden ...

(sp) Die seit langem eingeleitete Militarisierung der Jugend in der Sowjetzone hat mit der Bildung der "Gesellschaft für Sport und Technik" einen neuen Höhepunkt erreicht. Nun kommen schon die Fünfzehnjährigen dran... Uns liegt das Original vor, das zur Bildung einer GST in den Betrieben aufruft:

"Gesellschaft für Sport und Technik Bln.-Weißensee, d.1.9.1952

Kolleginnen und Kollegen !

Am 7.8.1952 wurde durch eine Regierungsverordnung die Gründung der Gesellschaft für Sport und Technik zugelassen. Damit entsprach die Regierung der Forderung tausender junger Menschen auf die Möglichkeit zur Ausübung besonderer Sportarten wie z.B.:

Schießen, Geländesport, Reitsport, Hundesport, Motorradsport, Autosport, Sport mit Sonderfahrzeugen, Segelflug, Motorflug, Flugmodellbau, Seesport und Schiffsmodellbau, sowie Funken, Fernschreiben und Fernsprechen.

Alle diese Sportarten können jetzt von allen Interessenten vom 15. Lebensjahr ab in der Gesellschaft für Sport und Technik durchgeführt werden.

Kolleginnen und Kollegen !

Lernt Schießen, Fliegen, Motorrad- und Autofahren, Funken, Fallschirmspringen usw.

Frauen und Männer, Mädchen und Jungen haben die gleichen Möglichkeiten in der Gesellschaft für Sport und Technik (GST). Die Gesellschaft gibt Euch die erforderlichen Anlagen und Geräte und verlangt nur Eure Teilnahme. Im Betrieb wird eine Grundeinheit gegründet. In Eurer Betriebszeitung werdet Ihr mehr erfahren über die Gesellschaft. Diskutiert über die GST, fordert die schnelle Gründung Eurer Grundeinheit. Fragt die Agitatoren nach den Zielen und Aufgaben der GST. Fragt die Instrukteure, die in Eurem Betrieb sind.

Werdet Mitglied unserer Gesellschaft. Schützt Eure Produktionserfolge und tragt durch Eure Mitarbeit in der GST bei, den Frieden zu erhalten.

Freundschaft !

Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens !  
Bereit zur Verteidigung der Heimat !

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau